## Gesundheit für Österreich

15.09.2024

FPÖ

5 Fragen an Sie vor der Nationalratswahl

Die Wissenschaftliche Initiative Gesundheit für Österreich fordert Sie als wahlwerbende Partei zu einer Stellungnahme bis zum 15.September 2024 auf:

Sollte Ihre Partei ins Parlament bzw. in Regierungsverantwortung kommen ...

1. Wie werden Sie für die rasche (!) und vollständige Aufarbeitung der Coronazeit in Österreich sorgen?

Zur Untersuchung der politischen Verantwortung im Zusammenhang mit sämtlichen "Corona-Maßnahmen" zur tatsächlichen oder vorgeblichen Bekämpfung der Covid 19-Pandemie, die den Organen der Vollziehung des Bundes im Sinne des Art. 53 Abs. 2 B-VG im Zeitraum vom 7. Jänner 2020 bis zum 28. Juli 2022 zurechenbar sind, soll ein Untersuchungsausschuss ("Corona-Untersuchungsausschuss") eingesetzt werden.

Weiters fordern wir die Errichtung eines Corona-Wiedergutmachungsfonds des Bundes. Dieser Corona-Wiedergutmachungsfonds ist mit Budgetmitteln in der Höhe von zumindest 250 Millionen Euro zu dotieren. Er soll die Auswirkungen der Corona-Maßnahmen evaluieren bzw. dokumentieren und Beratungsleistungen im Fall individueller Schäden, medizinische Betreuung von Menschen mit Impfbeeinträchtigungen, Kosten zur Behandlung psychischer Probleme, allfällig erforderliche Therapien, Mehraufwendungen für Heimunterricht, sonstige erforderliche Unterstützungen in erster Linie für Kinder und Jugendliche wie zum Beispiel Gutscheine für Nachhilfe, Freizeitaktivitäten und weitere einschlägige Unterstützungsleistungen finanzieren. Darüber hinaus soll festgelegt werden, dass Bundesländer, die wie Niederösterreich bereits eigene Corona-Wiedergutmachungsfonds vorgesehen haben, die Möglichkeit erhalten, eine Refundierung der tatsächlich entstandenen Kosten durch den Bund zu erhalten.

2. Welche handelnden Personen werden Sie aus sämtlichen von Steuerzahlern finanzierten Ämtern entfernen?

Sollte der amtierende Gesundheitsminister, die Justizministerin und der Bundeskanzler noch im Amt sein, diese drei Personen. Zur Verantwortung sollen aber auch alle in den Corona-Gremien und Kommission ehemals tätigen Spitzenbeamten und die ehemaligen Regierungsmitglieder, insbesondere die beiden ehemaligen grünen Gesundheitsminister gezogen werden.

3. Mit welchen Maßnahmen werden Sie die Fehler der Regierung wiedergutmachen? (Rückerstattung von Strafzahlungen, Rücknahme gerichtlicher Entscheidungen, die aufgrund der falschen Annahmen getroffen wurden, öffentliche Rehabilitierung kritischer Wissenschaftler, Ärzte, Juristen, Schauspieler etc. ...)

Neben dem unter Frage 1 angeführten Untersuchungsausschuss und Wiedergutmachungsfonds sollen folgende Punkte umgesetzt werden:

- -die unmittelbare und ausnahmslose Amnestie für alle Betroffenen in Verwaltungsstrafverfahren im Zusammenhang und in Folge von Corona-Maßnahmen
- -die Rücküberweisung aller bisher durch die Verwaltungsstrafbehörden eingehobenen und eingetriebenen Verwaltungsstrafen im Zusammenhang und in Folge von Corona-Maßnahmen
- -die vollständige finanzielle Wiedergutmachung für alle durch Corona-Maßnahmen gesundheitlich, sozial und wirtschaftlich Geschädigten in Österreich
- -die umfassende Untersuchung aller Vorgänge auf der Ebene des Vollzugs der Corona-Maßnahmen und aller Beschaffungsvorgänge sowie der politischen Entscheidungsprozesse in diesem Zusammenhang.
- -Eine völlige Offenlegung aller Vertragsinhalte, Zahlungsflüsse und Bestellungsmodalitäten im Zusammenhang mit der Covid-19-Impfstoffbeschaffung beim Pharmakonzern Pfizer und anderen Impfstoffherstellern auf EU-Ebene und in Österreich
- -Eine umgehende Auflösung der Covid-19-Impfstoffbeschaffungs-Verträge mit dem Pharmakonzern Pfizer und anderen Corona-Impfstoffherstellern auf EU-Ebene und in Österreich
- -Einen umfassenden gesetzlichen Schutz der Souveränität Österreichs und seines Gesundheitssystems, der die Grund- und Freiheitsrechte der Bürger sowie die demokratische Selbstbestimmung Österreichs gegenüber der Weltgesundheitsbehörde (WHO) und dem in Verhandlung stehenden Pandemievertrag aktuell und in der Zukunft garantiert und sichert.
- -Der umfassende Schutz der Souveränität Österreichs und seines Gesundheitssystems sowie die Garantie und Sicherung der Grund- und Freiheitsrechte der Bürger bzw. der demokratischen Selbstbestimmung gegenüber der WHO müssen als verbindlicher Auftrag für die Verhandlungen des Pandemievertrags durch die im Ministerratsvortrag vom 24.03.2023 konstituierte Delegation der Republik Österreich absolute Gültigkeit haben."
  -Die Verpflichtung der österreichischen Bundesregierung, dass ausdrücklich festzuhalten ist, dass die Menschenwürde unantastbar ist und dass die Menschenrechte und die Grundfreiheiten von Personen weder von unserer Regierung noch von anderen Institutionen, wie etwa der WHO aufgehoben werden dürfen."

4. Welche neuen Gesetze und Verordnungen aus der Coronazeit werden Sie sofort aufheben?

## Alle einschlägigen Corona-Maßnahmengesetze und Corona-Verordnungen.

5. Wie wollen Sie sicherstellen, dass Österreichs Souveränität gegenüber der WHO erhalten bleibt?

Der umfassende Schutz der Souveränität Österreichs und seines Gesundheitssystems sowie die Garantie und Sicherung der Grund- und Freiheitsrechte der Bürger bzw. der demokratischen Selbstbestimmung gegenüber der WHO müssen als verbindlicher Auftrag für die Verhandlungen des Pandemievertrags durch die im Ministerratsvortrag vom 24.03.2023 konstituierte Delegation der Republik Österreich absolute Gültigkeit haben.

Die Verpflichtung der österreichischen Bundesregierung, dass ausdrücklich festzuhalten ist, dass die Menschenwürde unantastbar ist und dass die Menschenrechte und die Grundfreiheiten von Personen weder von unserer Regierung noch von anderen Institutionen, wie etwa der WHO aufgehoben werden dürfen.